



**Macron im ersten Wahlgang vor Le Pen**  
Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich wiederholt sich die Stichwahl von 2017

EPA (2)

POLITIK 6

**ORAG**  
 Immobilien | Seit 1871  
 DIE SCHÖNSTEN IMMOBILIEN  
 orag.at

# KURIER

UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS FÜR ÖSTERREICH

Montag  
11. April 2022  
Nr. 100 / 1,80 €

KURIER.at

## Auf neutraler Mission

NEHAMMER BEI PUTIN

**Kiew – Wien – Moskau.**

Nach seinem Ukrainebesuch reiste Nehammer auf seine Initiative hin nach Russland weiter. Ein Friede als Ergebnis des Besuchs sei „illusorisch“, es gehe um humanitäre Ziele

POLITIK 4



Wien

K



### Kulinarisches aus Italien in Wien

**Alsgrund.** In der Währinger Straße gibt es frittierte Reisbällchen und Pyramiden, die nach kleinen Orangen benannt sind.

SEITE 14

### Notquartier: 350 Plätze bleiben

**Soziales.** Normalerweise wird das Angebot an Plätzen in Notquartieren für Obdachlose Anfang Mai reduziert. Wegen der Pandemie bleiben drei Anlaufstellen geöffnet.

SEITE 15

## Warum nicht alle Flüchtlinge arm sein müssen

Stereotype Vorstellungen haben oft nichts mit der Realität zu tun

**Interview.** Mittellos, schlechter gebildet, weniger fortschrittlich: Unsere Gesellschaft hat zahlreiche Vorstellungen davon, wie geflüchtete Menschen zu sein haben und ist irritiert, wenn die Realität von diesen Erwartungen abweicht.

Aber wie entstehen diese Stereotypen eigentlich, und wieso halten sie

sich teilweise hartnäckig? Zu diesen Fragen forscht die Bildungswissenschaftlerin Frauke Schacht von der Universität Innsbruck.

### Verhängnisvoll

Im KURIER-Interview erklärt die Wissenschaftlerin, anhand welcher Merkmale zwischen verschiedenen „Klassen“ von Flüchtlingen unterschieden wird, warum

das verhängnisvoll ist und wieso Klischees über geflüchtete Menschen immer noch aufrechterhalten werden. Auch spricht sie darüber, warum es oft unangenehm ist, sich mit Fluchtursachen auseinanderzusetzen und was wir tun können, damit dieser stigmatisierte Diskurs in der Zukunft nicht weitergeführt wird.

SEITE 3

## Hausbesitzer wünschen sich „liberaleren Mietzins“

Gutverdiener in Sozialbauten sollen mehr zahlen

**Richtwerterhöhung.** Martin Prunbauer, Präsident des Haus- und Grundbesitzerverbundes, versteht die Diskussion um die Erhöhung der Richtwerterhöhungen nicht. Diese seien gesetzlich klar geregelt und Teil der allgemeinen Preisentwicklung. Zudem müssten die Vermieter immer mehr Anforderungen erfüllen, etwa im Rahmen der Energiewende. Mieterhö-

hungen seien nicht möglich, aber „man kann aus einem Golf keinen Ferrari machen“. Er wünscht sich daher einen „liberaleren Mietzins“ – aufgrund des umfangreichen sozialen Wohnbaus werde es zu keinen exorbitanten Preissteigerungen kommen. Bei geförderten Wohnungen plädiert Prunbauer für Mieterhöhungen für Besserverdiener.

WIRTSCHAFT 7

LOTTO

6 aus 45 10. 4. 2022  
3 14 19 24 26 44 34

KEIN 6ER, DREIFACHJACKPOT

LottoPlus

12 22 26 33 44 45

Joker: 1 2 9 6 2 0

ALLE ANGABEN OHNE GEWAHR



**Milder.** Zeitweise harmlose Wolken, mäßiger Wind.

WETTER 2, 13

Debatte 8  
Auszeit 16  
Fernseh- und Radiotipps 22

## Wandel der Krise

GUITAR

Unser Leser Michael V., ein ebenso wacher wie kritischer Geist, fordert uns auf, statt dem eher harmlosen Begriff „Klimawandel“ lieber das dringlichere Wort „Klimakrise“ zu verwenden (wir bemühen uns, schon seit Längerem). Michael V. verweist dabei auf den Formel-1-Star Sebastian Vettel, der gesagt hat: „Das Wort Krise sollte in uns allen das Gefühl entwickeln, wir müssen etwas tun, und wir können etwas tun.“

Im KURIER-Interview sagt der Meteorologe und ZDF-Wettermoderator Özden Terli, der auf Sendung regelmäßig auf die Folgen der Klimakrise hinweist und dafür auch kritisiert wird: „Wir müssen selbstverständlich weiter darüber reden. Sich einschüchtern zu lassen, ist ein absolutes No-Go.“ Terli betont, man solle die Chancen von klimagerechtem Handeln sehen, nicht nur die Gefahren.

Klimakrise ist kein Schicksal. Wir haben sie selbst gemacht, wir können sie selbst lösen. Vielleicht spricht man dann später ja einmal vom „Klimakrisenwandel“.

guido.tartarotti@kurier.at

**KURIER**  
**Herzens-Sache**  
**ROUTEN**  
 für GENIESSER  
 Herzens-Sache  
 Für Informationen und zur Bestellung die Anzeige mit der Gratis-App „Shortcut-Reader“ scannen.  
 \*Info und Bestellung unter: kurierclub.at | kurierclub@kurier.at | Tel. 05 9030-777  
**Jetzt NEU in Ihrer Trafik um € 7,50**  
 Im KURIER VorteilsCLUB\* ab nur € 4,50 versandkostenfrei

**KURIER**  
**Hilfsaktion**  
**Wir helfen gemeinsam!**  
**Familienhilfe Ukraine**  
 Die Lage ist dramatisch. Die Infrastruktur ist großteils zerstört – vielerorts gibt es weder Strom noch Wasser. **KURIER** unterstützt in einer gemeinsamen Aktion mit dem **Österreichischen Roten Kreuz** vor Ort und an den Grenzen die Familien in Not.  
**Jetzt spenden unter:**  
**kurier.at/familienhilfe**  
 Oder spenden Sie über das **Österreichische Rote Kreuz**  
 Kennwort: „KURIER – Familienhilfe“  
 IBAN: AT57 2011 1400 1440 0144  
 ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ  
 Aus Liebe zum Menschen.

9 024700 211116 15

Post: Österreichische Post AG T2 0220344757;  
KURIER Zeitungsverlag und Druckerei GmbH,  
1190 Wien Retour: Postfach 100, 1350 Wien  
Preis: DE, IT, SI € 3,20; HUF 1.100,-; HRK 24,-

**Vermieter.** Die Erhöhung der Richtwertmieten sorgt für Ärger bei den Betroffenen. Doch die Eigentümer seien im Recht, wie der Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes ausführt



GERHARD GLITSCH

„Die tiefen Richtwerte sind ein Unding“

**K** Interview  
VON ROBERT KLEEDORFER

Der Immobilienanwalt Martin Prunbauer ist seit 2012 Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB). Der auf Wohnrecht spezialisierte Jurist spricht im KURIER-Interview über die finanziellen Notwendigkeiten von Vermietern und Eigentümern.

**KURIER:** Wie viele Menschen trifft die Erhöhung der Richtwertmieten?  
**Martin Prunbauer:** Rund 50 Prozent leben im Eigentum, nur in Wien sind es mit 20 Prozent weniger. Insgesamt ist die Eigentumsquote im Vergleich zu anderen Ländern relativ niedrig. Von den Hauptmietwohnungen entfällt mehr als die Hälfte auf sozialen Wohnbau. Somit sind nur etwas mehr als 300.000 Hauptmietwohnungen (exklusive Gemeindebauten, Anm.) von der Erhöhung betroffen. Es gibt zudem rund 950.000 Ge-

meinde- und Genossenschaftswohnungen. Damit müsste man eigentlich all die mit einer Wohnung versorgen können, die das am freien Markt nicht können.

**Wo ist dann das Problem?**

**ÖHGB**

**Eigentümer und Vermieter**  
Der ÖHGB wurde 1886 zum Schutz und zur Förderung der Interessen der Haus- und Grundbesitzer gegründet. Er hat rund 30.000 Mitglieder (Eigentümer von Zinshäusern oder Mietwohnungen). Es gibt in Österreich 4 Mio. Hauptsitzwohnungen, davon 920.000 in Wien. Rund 1,95 Mio. sind Eigenheimnutzungen, 1,68 Mio. sind Hauptmieten (Rest „Sonstiges“). Davon entfallen 56 Prozent auf sozialen Wohnbau. Von den 733.000 privaten Mietwohnungen sind 300.000 von den aktuellen Erhöhungen betroffen

Dort habe ich ein Verteilungsproblem. Wenn man einmal eine Sozialwohnung hat, kann man immer drin bleiben. Daher wären wir für eine Anpassung des Mietzinses, sobald man nicht mehr förderwürdig ist. So kann man die Wohnung behalten, und es entfällt das Argument, dass dann nur die Allerärmsten im Gemeindebau wohnen. Das geschieht etwa in Deutschland, und es regt niemanden auf.

**Wie viele Verträge wären in Österreich betroffen?**

Rund 70 Prozent aller Mieter. Alleine eine Anhebung in Wien auf rund 6 bis 7 Euro würde etwa 120 Millionen Euro im Jahr bringen. Mit diesem Betrag könnte man weitere Sozialwohnungen errichten.

**Zurück zu den geplanten Richtwertmieten: Im Verhältnis zu der Gesamtmenge sind es doch vergleichsweise wenig Betroffene.**

Diese Streiterei alle zwei Jahre verstehe ich nicht, weil

es im Gesetz steht, dass es eine Wertsicherung gibt und wie diese zu berechnen ist. Alle andere Gebühren werden ja auch entsprechend angehoben. Zugleich versucht man den Vermietern immer mehr an Aufgaben zuzuordnen.

**Zum Beispiel?**

Etwa was Energiesparen betrifft. Die geforderten Werte sind teilweise gar nicht erreichbar, gerade bei Gründerzeithäusern. Soll man jetzt alle abreißen und energetisch richtige Plattenbauten hinstellen? Oder was das Heizen betrifft. Alle sehen ein, dass Gas und Öl keine Zukunft haben. Aber diese Heizformen innerhalb weniger Jahre zu verbieten, wird an der Umsetzung scheitern. Denn mit was soll ich im städtischen Bereich heizen? Das geht dort nicht mit Pellets oder Wärmepumpen. Und die Fernwärme ist nicht so ausgebaut, dass ich ein Haus anschließen kann. Es fehlt auch die Kapazität, und je mehr damit heizen wollen, desto mehr Gas wird dafür benötigt.

**Und wer zahlt die Umbauten im Haus?**

Mieterhöhungen sind nicht möglich. Man kann aber aus einem alten Golf keinen Ferrari machen. Und die Altmietler haben auch keinen Anspruch darauf. Das ist teilweise Showpolitik, die bei den Eigentümern abgelagert wird. Ja, es sind auch die Werte der Häuser gestiegen, nur von einem Haus kann ich nichts abbeißen. Außer ich verkaufe es.

**Ausgerechnet in Wien sind die Richtwerte sehr tief ...**

Der zweitniedrigste Wert nach dem Burgenland! Normalerweise sind ja im städtischen Bereich die Mieten hoch, aber die Berechnung berücksichtigt auch den sozialen Wohnbau, so ist der Wert gesunken. Das wurde vom Höchstgericht bestätigt. Wirtschaflich gesehen sind die tiefen Richtwerte ein Unding. Zudem wurde es nach der OGH-Judikatur schwerer, einen Lagezuschlag zu verlangen.

**Was würden Sie sich für diese Wohnungen wünschen?**

Man wird sich überlegen müssen, wie man zu einem liberaleren Mietzins kommt. Gerade weil man sich in Österreich und vor allem Wien nicht vor einem Manchester-Liberalismus am Wohnmarkt fürchten muss, aufgrund der vielen Sozialwohnungen.

**Wie bewerten Sie die Reform der Maklergebühr?**

Das Ergebnis wird sein, dass viel weniger Makler beschäftigt werden, wenn richtig ist, wie die Mietervertreter immer behaupten, dass es ein reiner Anbietermarkt ist und die Wohnungen ohnehin aus der Hand gerissen werden. Aber die Streitigkeiten werden stark steigen, weil der Makler unter Haftung steht und im Sinne beider Parteien darauf achten muss, dass alles gesetzeskonform abläuft. Oder es kann passieren, dass sich Leute nicht zu vermieten trauen, oder es gibt Massenbesichtigungen, wo sich die Interessenten gegenseitig überbieten.

**Fünfte Anzeige gegen Blümel eingestellt, offen bleiben die Novomatic-Ermittlungen**

Justiz ermittelte gegen Ex-Finanzminister wegen Falschaussage

**Korruption.** Wie der KURIER am Sonntag aus der Volkspartei erfuhr, wurde Ex-Finanzminister Gernot Blümel bereits am Mittwoch, dem 6. April, von der Staatsanwaltschaft darüber informiert, dass die Anzeige gegen den ehemaligen Politiker wegen einer behaupteten Falschaussage eingestellt worden ist.



**Gernot Blümel legte Ende 2021 alle Ämter zurück**

aussage, zwei Mal wegen Beweismittelunterdrückung und je einmal wegen Amtsmisbrauch und Bestechlichkeit.

**Novomatic-Spende?**

Weiter gegen Blümel ermittelt wird noch zur Causa Novomatic. Deren damaliger Chef Harald Neumann hatte im Juli 2017 eine verfälschte Textnachricht an Blümel mit folgendem Inhalt versandt: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei (dem damaligen Bundeskanzler, Anm.) Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich einem Problemes das wir in Italien haben.“

Im konkreten Fall ging es um eine behauptete Falschaussage Blümel im Untersuchungsausschuss vom Juni 2020, die teilweise im Widerspruch zu Aussagen des damaligen Finanzvorstands der ÖBB-Holding, Arnold Schiefer, standen. Laut Volkspartei habe die Wirt-

schafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft davon abgesehen, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Insgesamt sind es bereits fünf Anzeigen gegen Blümel, die nicht mehr weiter verfolgt werden. Ermittelt wurde dreimal wegen Falsch-

**Überblick**

WEITERE MELDUNGEN

**Kurzarbeit in der Bauindustrie**

**Deutschland.** Die deutsche Bauindustrie stellt sich wegen des anhaltenden Materialmangels und steigender Preise auf Kurzarbeit ein. Die Situation habe sich in den vergangenen zwei Wochen weiter verschärft, sagte der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Mittlerweile sei fast jedes Unternehmen von den Folgen des Krieges in der Ukraine betroffen. Sollte sich die Lage nicht verändern, werde „die Luft dünn, die Ziele der Bundesregierung im Wohnungsbau und Verkehr zu erreichen“.

**Hotels sperrten wegen Corona zu**

**Wien.** 16 Prozent der Hotels in Wien mussten in den vergangenen zwei Jahren schließen. Einige ließen laut *Kronen Zeitung* Pachtverträge auslaufen, andere wollten nicht mehr weitermachen. „Vor allem kleine Familienunternehmen konnten nicht überleben“, so der Fachgruppenobmann der Wirtschaftskammer Wien, Dominic Schmid. „Eigentumsbetriebe brauchen eine Auslastung von 50 Prozent, jene in Pacht 75 Prozent – nur um die Kosten zu decken. Wir sind froh, im Sommer 60 Prozent Auslastung zu erreichen. Damit wird es aber schwierig, eine schwarze Null zu schaffen.“

**EZB auf dem langen Weg zur Zinswende**

**Frankfurt.** Angesichts der hohen Inflation gerät die EZB unter Druck, sich auf den Weg zur Zinswende zu machen. Während die US-Notenbank diese schon vollzogen hat, bleiben die Währungshüter in Frankfurt bei der EZB-Ratssitzung am Donnerstag voraussichtlich in Wartestellung. Sie planen als Vorstufe einer Zinswende das Ende ihrer milliardenschweren Anleihenkäufe möglichst noch im Sommer. In einer Reuters-Umfrage erwartet die Mehrheit der Ökonomen, dass die Zinserhöhung erst im Herbst kommen wird, einige rechnen jedoch bereits im Sommer damit.